

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend  
und Wissenschaft  
Senatorin Sandra Scheeres  
Berhard-Weiß-Str. 6  
10178 Berlin

10827 Berlin, 26.03.2015

Ebersstr. 10  
Telefon: (030) 78 79 540  
Telefax: (030) 78 79 54 11  
[post@vbe-berlin.de](mailto:post@vbe-berlin.de)  
[www.vbe-berlin.de](http://www.vbe-berlin.de)

Landesgeschäftsstelle:  
Mo, Di, Mi, Do: 8.00 – 16.00 Uhr  
Fr: 8.00 – 13.00 Uhr

## Stellungnahme des VBE Berlin zu den neuen Rahmenplänen

Sehr geehrte Frau Senatorin Scheeres!

Der VBE Berlin legt nach vielen Diskussionen folgende, allerdings noch nicht abschließende Stellungnahme zu den neuen Rahmenplänen für den Bereich **Grundschule** vor.

Wir erwarten, dass in Anbetracht der umfassenden Änderungen des Unterrichts in der Grundschule die gesetzte Frist für abschließende Stellungnahmen vom 27. März 2015 auf das Ende des Schuljahres 2014/15 verlegt wird. Die Stellungnahmen, die Kolleginnen und Kollegen im Internet vornehmen können, sind zu eng gefasst und lassen viele Kritikpunkte gar nicht erst zu. Wir haben den Eindruck, dass diese neuen Rahmenpläne auf Biegen und Brechen durchgeboxt und zum Schuljahr 2016/17 eingeführt werden sollen, egal was Lehrer, Eltern und Schüler dazu meinen, auch in Hinblick auf die 2016 anstehenden Wahlen.

Die meisten Kolleginnen und Kollegen lehnen die vorgelegte Entwurfsfassung ab, weil sie nicht zur Entschlackung der Rahmenpläne für die Grundschule führt, sondern Unterrichtsprinzipien, besonders durch die Einführung des Faches „Gesellschaftswissenschaften“ massiv ändert.

Weiter wird die Verkürzung des Gymnasiums auf 12 Schuljahre auf dem Rücken aller Grundschüler ausgetragen. Anstatt die Wiederholung von Lerninhalten in unterschiedlichen Fächern aus den Rahmenplänen zu streichen und damit mehr Zeit für das Üben des Grundwissens und der Grundfertigkeiten zu erlangen, was ständig zu kurz kommt, werden Idealzustände dargestellt, um Idealziele zu erreichen, die sich Didaktiker und Fachwissenschaftler in ihrem Wolkenkuckucksheim ausgedacht haben, ohne die Realität in der Berliner Schule zu kennen und ohne jemals in die Verlegenheit zu kommen, sie realisieren zu müssen.

Die Tatsache, dass Kenntnisse und Wissen die Grundlage für jegliche Form von Kompetenzerwerb, hier besonders das sinnentnehmende Lesen, darstellen, wird nicht genügend berücksichtigt, ja im Fach Gesellschaftswissenschaften sogar negiert. Der Begriff „Schlüsselkompetenzen“ wird nur schwammig und nicht klar definiert benutzt.

Die vorgesehenen Niveaustufen werden inhaltlich nicht gefüllt. Es gibt keinen Erwartungshorizont darüber, welche Leistungen Schüler erbringen müssen, um einer Niveaustufe zugeordnet werden zu können. Es wird auch nicht deutlich, ob sich die Niveaustufen auf die Leistungen in einer Klasse oder auf eine Klassenstufe beziehen. Eine den Niveaustufen entsprechende Leistungsbewertung fehlt völlig.

Die Einführung des Faches „ Gesellschaftswissenschaften“ in der Klassenstufe 5 und 6 lehnt der VBE Berlin strikt ab. Neben der Tatsache, dass die Themen nichts mit der Lebenswelt der Grundschüler, die Dank der Einschulung mit fünf Jahren in der 5. Klasse 10 und in der 6. Klasse durchschnittlich 11 Jahre sind, zu tun haben, fehlt ihnen das notwendige Abstraktionsvermögen, was jeder Entwicklungspsychologe bestätigen wird.

Wir fordern die Beibehaltung der chronologischen und Ursachen bedingten Wissensvermittlung. Alles andere führt nicht zu grundlegenden Kenntnissen und Wissen, sondern schneidet Themen aus den geschichtlichen Zusammenhängen heraus. In den Klassenstufen 5 und 6 sollen Lehrerinnen und Lehrer unterrichten, die das Fach auch studiert haben, d. h. es muss eine Person sein, die Geographie, Geschichte und Gesellschaftswissenschaften studiert hat.

Wie viele Personen gibt es davon. Es ist also davon auszugehen, dass dieses neue Fach in der Grundschule fachfremd unterrichtet wird. Dies gilt im Übrigen auch für das Fach Naturwissenschaften an der Grundschule. Hier stehen sich wieder einmal theoretischer Anspruch und Realität diametral entgegen.

Die Erarbeitung von schulinternen Curricula an jeder Schule sieht der VBE besonders kritisch. Hier ziehen sich die Planer aus der Verantwortung für die Umsetzung der Rahmenpläne. Schulinterne Curricula werden an jeder Schule entsprechend der vorhandenen Schülerklientel erstellt. Das bedeutet aber, das Wissen von Schule zu Schule bezüglich des Lerninhaltes in den unterschiedlichen Fächern, aber auch das Leistungsniveau, nicht mehr vergleichbar sein werden. Dies hat auch Auswirkungen auf die Aussagekraft von Zensuren und Zeugnisnoten, was besonders beim Übergang auf die Oberschule, aber auch beim Wechsel der Schule, Probleme bringen wird. Gleichzeitig werden Vergleichsarbeiten sinnlos, da Leistungsanforderungen und Lerninhalte nicht gleich und damit nicht vergleichbar sind.

Der VBE Berlin ist der Meinung, dass die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft dafür verantwortlich ist, dass gleiche Lerninhalte in der Berliner Schule unterrichtet werden, dass klar ist, welches Wissen und welche Fertigkeiten am Ende einer Klassenstufe erreicht werden müssen und wie die Leistung bewertet werden muss. Durch schulinterne Curricula versucht die Senatsverwaltung ihre Verantwortung an die Einzelschule abzugeben und belastet zusätzlich die Berliner Lehrerschaft. Die Bildungsverwaltung hat in Berlin den sogenannten „Schulfrieden“ ausgerufen. Gemeint war damit, dass die Berlin Schule mit keiner neuen Reform überzogen wird. Mit den neuen Rahmenplänen hat sie gerade diesen „Schulfrieden“ neu gebrochen und die Arbeit, sprich die Umsetzung auf die Schulen delegiert und nimmt damit nicht nur eine enorme Mehrbelastung der Lehrerinnen und Lehrer in Kauf, sondern auch ein nicht mehr miteinander vergleichbares Bildungschaos. Damit wird Berlin weiterhin die „Rote Laterne“ im Vergleich mit anderen Bundesländern behalten. Viel schlimmer aber ist es, dass unsere Schülerinnen und Schüler immer weniger Kenntnisse und Wissen erwerben, die ihnen ermöglichen könnten, Zusammenhänge herzustellen, um dann auch fundiert Meinungen und Urteile zu bilden.

Die Gültigkeit der Rahmenpläne von Klasse 1 bis Klasse 10 entspricht nicht den Realitäten der Berliner Schule, sondern bevorteilt die angestrebte Gemeinschaftsschule. Schülerinnen und Schüler, die ein grundständiges Gymnasium besuchen wollen, müssen in der Klassenstufe 5 und 6 andere, weitergehende Lerninhalte bewältigen, als Schüler auf der Grundschule, weil sie ein Jahr weniger zur Verfügung haben, um das Abitur ablegen zu können. Dies gilt auch für Schülerinnen und Schüler, die nach der Grundschule auf das Gymnasium wechseln und nicht auf eine ISS mit Oberstufe.

Fazit: Die vorgelegten Rahmenentwürfe führen nach Meinung des VBE Berlin nicht zur Entschlackung der bestehenden Rahmenpläne, sondern reduzieren das Lern- und Leistungsniveau zu Gunsten von „Schlüsselkompetenzen“, die nicht klar definiert werden. Offensichtlich ist es den Verfassern der Rahmenpläne entgangen, dass Wissen und Kenntnisse die notwendige Grundlage für den Erwerb von Kompetenzen darstellen.

Bei den Niveaustufen wird darauf verzichtet, anzugeben, welche Leistung welcher Niveaustufe zu zuordnen ist. Eine kompetenzorientierte Leistungsbewertung fehlt völlig. Die Umsetzung der neuen Rahmenpläne soll durch die Lehrerinnen und Lehrer stattfinden, die schon jetzt durch die Umsetzung der ständigen Reformen und der Bürokratie in Form von ständiger Dokumentation über Gebühr belastet sind. Von der Senatsbildungsverwaltung muss es klare Vorgaben zu konkreten Lerninhalten innerhalb der einzelnen Fächer geben, verbunden mit einer vergleichbaren Bewertung, sonst ist der rechtliche Anspruch auf eine vergleichbare Schulbildung nicht mehr gegeben.

Der Vergleich mit anderen Bundesländern wird jetzt schon fraglich, wenn jede Einzelschule über ihre Gremien entscheiden kann, ob sie bis zur Klassenstufe 8 eine verbale Beurteilung vornehmen kann. Eine Beurteilung, die nur das Leistungsvermögen des einzelnen Schülers beschreibt, nicht aber seine Leistung im Vergleich zu seinen Mitschülern zeigt, passt nicht in eine leistungsorientierte Gesellschaft. Das Leistungsprinzip ist kein Teufelswerk, sondern der Motor einer modernen Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen



Heidrun Quandt  
Landesvorsitzende